

für den Grad der C. ist der Anteil chemischer Erzeugnisse am Gesamtmaterialverbrauch. Er stieg in der DDR von 10,3 % im Jahre 1959 auf rd. 13 % im Jahre 1966. In der Textilindustrie betrug er 1966 25,5 %.

Christlich-Demokratische Union/Christlich-Soziale Union (CDU/CSU): Hauptpartei des Monopolkapitals im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem der *→ westdeutschen Bundesrepublik*; gegründet am 17. 6. 1945 in Köln. Mit der am 13. 10. 1945 in Würzburg gegründeten Christlich-Sozialen Union, einer Partei speziell des bayrischen Flügels der westdeutschen Monopolbourgeoisie und der bayrischen Großagrarien, bildete die CDU am 5. 2. 1947 eine Arbeitsgemeinschaft und 1949 im Bundestag eine gemeinsame Fraktion. Auf dem 1. Bundesparteitag in Goslar (20. bis 22. 10. 1950) erfolgte die Vereinigung der Länderorganisationen in Westdeutschland zur Bundespartei; Vorsitzender wurde K. Adenauer. Seitdem die CDU das am 3. 2. 1947 beschlossene sozialreformerische Ahlener Programm aufgegeben hat, besitzt die CDU/CSU kein Parteiprogramm. Alle bisherigen Programmdiskussionen scheiterten an der Unvereinbarkeit der Lebensinteressen der westdeutschen Bevölkerung mit den Forderungen der westdeutschen Monopolbourgeoisie in einem massenwirksamen Programm. Der 15. Parteitag der CDU (1967) beschloß nunmehr die Ausarbeitung eines Aktionsprogramms. Eine ähnliche Festlegung traf die CSU-Landesversammlung (1967). 1965 hatte die CDU etwa 300 000 Mitglieder, die in rd. 4 400 Ortsverbänden, 399 Kreisverbänden und 18 Landesverbänden erfaßt sind. Das Verhältnis zwischen katholischen und

evangelischen Mitgliedern beträgt etwa 60:40, rd. 15 % der Mitglieder sind Arbeiter. In der soziologischen Struktur dominieren Beamte, Angestellte und Landwirte, während die Kräfte des Monopolkapitals, deren Politik die CDU/CSU vertritt und von denen sie finanziert wird, organisatorisch nur zum geringen Teil an sie gebunden sind. Die politische Arbeit vollzieht sich vor allem in Arbeitskreisen und in besonderen Vereinigungen (Wirtschaftsrat, Sozialausschüsse, Mittelstandsausschuß, Frauenausschuß, Junge Union, Kommunal-Politische Vereinigung). Elementare Klassen-gegensätze in Fragen der Sozialpolitik liegen dem kontroversen Auftreten der Sozialausschüsse und des Wirtschaftsrats zugrunde. Die Interessen rivalisierender Finanz- und Monopolgruppen und taktische Differenzen führen ständig zu gegensätzlichen Strömungen in der CDU/CSU, die den Bestand der Partei jedoch nicht grundsätzlich in Frage stellen. Die CDU/CSU ist integrierender und wesentlicher Bestandteil des Parteiensystems im westdeutschen staatsmonopolistischen Herrschaftssystem. Obgleich sie sich nicht auf eine einheitliche Ideologie stützt, ist sie Hauptverfechter der Ideologie des *→ politischen Klerikalismus* und eines aggressiven *→ Antikommunismus*. Sie identifiziert sich weitgehend mit der westdeutschen Staatspolitik, wobei die Parteipolitik der Regierungspolitik in der Regel vorgreift und die Interessen des westdeutschen Monopolkapitals unverhüllt zum Ausdruck bringt als die offizielle Bonner Politik. Die Politik der CDU/CSU ist auf die Festigung des Systems des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland und die Erweiterung seines Machtbereichs gerichtet.